

Alice Kropf (SP) vom 12. Februar 2015

Sachverhalt:

Am 23.12. deckte die Sendung „Kassensturz“ auf, dass die Firma Securitas via das Subunternehmen „AD Sicherheitsdienste“ Mitarbeitende zu viel schlechteren Konditionen einstellte, als im GAV vereinbart sind. Zudem wurden Arbeitsverträge mit Angestellten mit krimineller Vergangenheit abgeschlossen. Ähnliches ist kürzlich bei der Firma Protectas geschehen, die im Auftrag der Stadt Thun im Einsatz steht. Die Abteilung Sicherheit hat interveniert, der Vertrag mit der Protectas läuft Ende dieses Jahres ohnehin aus.

In der Stadt Thun kennen wir die Einheitspolizei seit dem Jahr 2003. Im Zusammenhang mit der Einführung der Einheitspolizei wurde immer betont, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muss. Es fällt auf, dass in der Stadt Thun neben der Kantonspolizei zahlreiche private Sicherheitsunternehmungen für die unterschiedlichsten Aufgaben im Einsatz stehen (Verkehrsdienst, Überwachung des ruhenden Verkehrs, Ordnungsdienst Innenstadt, Überwachung der Park- und Schulanlagen etc.).

Fragen an den Gemeinderat:

1. Für welche Aufgaben beschäftigt die Stadt private Sicherheitsunternehmungen?
2. Welche Firmen stehen zu wie vielen Stunden im Einsatz?
3. Welche Abteilungen haben die Verträge abgeschlossen?
4. Wurden die Aufträge öffentlich ausgeschrieben? Wenn ja, nach welchen Kriterien? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie hoch sind die gesamten Kosten, die die Stadt für private Sicherheitsdienste aufwendet?
6. Wie hoch sind die Gesamtsicherheitskosten der Stadt (Kantonspolizei und private Sicherheitsunternehmungen) effektiv?
7. Werden diese Kosten in einem Gesamtbetrag in der Rechnung zusammengefasst und transparent gemacht?
8. Wie steht der Gemeinderat zur Forderung der Polizeigewerkschaft, dass private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum nichts zu suchen haben und zur Tatsache, dass das Gewaltmonopol eigentlich beim Staat ist?
9. Wäre es aus Sicht des Gemeinderates zumindest sinnvoll, sämtliche eingekaufte Leistungen von privaten Dienstleistungen bei einer einzigen städtischen Stelle anzusiedeln zugunsten von mehr Effizienz und besserer Kontrolle?
10. Wäre es für den Gemeinderat denkbar, zukünftig keine Firmen mehr zu berücksichtigen, die Aufträge an Subunternehmen weitergeben, damit die Gefahr von Verletzungen der GAV-Bestimmungen verringert werden könnte?

Begründung:

Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen hat oftmals zur Folge, dass die Qualität sinkt und sich die Arbeitsbedingungen für die Angestellten verschlechtern. Aufgaben, die früher die Stadtpolizei kompetent und zuverlässig ausführte, werden nun von privaten Sicherheitsunternehmen mit teilweise zweifelhaftem Ruf übernommen. Der Bürger, die Bürgerin kann kaum mehr unterscheiden, ob er oder sie es nun mit echten PolizistInnen zu tun hat oder mit privaten Sicherheitsangestellten und welche Rechte er gegenüber diesen hat.

Es ist nicht das erste Mal, dass private Sicherheitsunternehmen für Negativschlagzeilen sorgen. Etliche private Sicherheitsleute sind zudem nicht gerade zimperlich und überschreiten gerne mal ihre Kompetenzen. Deshalb fordern die Polizeigewerkschaften der Berner Gemeinden, dass private Sicherheitsleute ortspolizeiliche Aufgaben im öffentlichen Raum nicht mehr übernehmen dürfen.

Dringlichkeit:

wird verlangt ja nein

Alice Kropf

[Signature]

Sabine Kropf

[Signature]

[Signature]

[Signature]

[Signature]

